



Protokoll der 25. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Januar 2011, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Thomas Eugster

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 24.11.2010 und 15.12.2010 ://: Die Protokolle vom 24.11.2010 und 15.12.2010 werden genehmigt.	-
2. Anpassung von § 33 Abs. 1 des Personalreglements vom 21.02.2001 (ESL 150.1) – Ferien ://: Genehmigung Reglementsänderung mit grossem Mehr. ://: Gutheissung Antrag SVP-Fraktion betr. kostenneutralen Umsetzung. ://: Ablehnung Antrag FDP-Fraktion betr. Kompensation von Ferienanspruch-Erhöhung mit gleichwertigen Erhöhung der Arbeitszeit.	2011/150
3. Voranschlag 2011 – Festlegung von Teuerungsausgleich-Ausrichtung für die Besoldung des Verwaltungspersonals und Schlussabstimmung betreffend der Genehmigung des Voranschlages 2011 ://: Teuerungsausgleich orientiert sich an Landratsbeschluss für das Staatspersonal (0 % TZ) gemäss Antrag Stadtrat. ://: Ablehnung Rückkommensantrag FDP-Fraktion betr. Entscheid vom 15.12.2010 bezüglich Totalaufwand-Kürzung von CHF 500'000.--. ://: Genehmigung Voranschlag 2011 in Schlussabstimmung mit 20 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.	2010/140 2010/140a 2010/140b
4. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission betreffend Entwicklungsplan 2011-2015 ://: Kenntnisnahme von EP 2011-2015 mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen. ://: Zustimmung BPK-Antrag betr. Aufnahme von Schwachstellen-Analyse Radrouten in EP 2011-2015. ://: Zustimmung FIKO-Antrag betr. Kenntnisnahme von Plan für den Abbau des Nachholbedarfs für Instandsetzungen bei Gebäuden. ://: Zustimmung Antrag Stadtrat, dass Motion Nr. 2002/118 (Sanierung Finanzhaushalt) nicht abgeschrieben wird. ://: Ablehnung Antrag Stadtrat, dass das Postulat Nr. 2010/88 (Steuersenkung planen) abgeschrieben wird.	2010/112-1 2010/112-1a 2010/112-1b
5. Bericht Stadtrat zum Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Markus Meyer der SVP-Fraktion betreffend „Aufwandbremse“ vertagt	2009/83 2009/83a
6. Pilotprojekt Quartierzentrum, 3jähriger Betriebsbeitrag	2011/151

- vertagt*
7. Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Postulat von Beat Gränicher der SVP-Fraktion betreffend Poststrasse 2010/132
2010/132a
2010/132b
- vertagt*
8. Bericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/s Jugendbeauftragten 2007/154
2007/154a
2007/154b
- vertagt*
9. Verfahrenspostulat von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sitzungsgeld-Reduktion für den Einwohnerrat 2010/147
- vertagt*
10. Motion von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sitzungsgeld-Reduktion der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen 2010/148
- vertagt*
11. Bericht Stadtrat zum Postulat „Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuerbarer Energie“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion 2010/107
2010/107a
- vertagt*
12. Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend ÖV-Anbindung Rosenquartier 2010/135
- vertagt*
13. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion betreffend Fassadenrenovation am Törli 2010/136
- vertagt*
14. Postulat der SP-Fraktion, der Grünen Fraktion und der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Verbleib von Velo-Putz und –Flick-Tag (PUFLI) an Rathausstrasse 2010/137
- vertagt*
15. Fragestunde -
Beantwortung von 5 Fragen durch Stadtrat.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Anwesenden zur ersten Einwohnerratssitzung im nicht mehr so ganz neuen Jahr. Es werden auch die zahlreich erschienen Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne begrüsst. Heute ist eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen der Einwohnerrat auf Sichtdistanz zu denjenigen Menschen ist, welche von seinen Beschlüssen betroffen sind. Dies ist leider nur wenig der Fall. Es führt uns bildhaft die dem Einwohnerrat übertragene Verantwortung vor Augen.

In einer Gedenkminute wird dem verstorbenen ehemaligen Stadratsmitglied Meinrad Ballmer gedacht, welcher am heutigen Nachmittag bestattet wurde.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 20. Januar 2011:

- Die heutige Sitzung sollte um ca. 18.45 Uhr geschlossen werden können, da um 19.00 Uhr das Jahresschlussessen stattfinden wird. Erfreulicherweise haben sich fast alle Einwohnerrats- und Stadratsmitglieder angemeldet.
- Der stadträtliche Bericht zum Postulat „Ersatzparkplätze während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor“ (Nr. 2010/111a) konnte an der ER-Sitzung vom 15.12.10 wegen Zeitmangel nicht behandelt werden. Das Geschäft wurde irrtümlicherweise auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung vergessen. Dieses wird auf die nächste Sitzung traktandiert.
- Das Jahresprogramm 2011 (Nr. 2010/149) ist den Ratsmitgliedern mit dem letzten Versand zugestellt worden. Diese Vorlage wird auf die nächste Ratssitzung vom 02. März 2011 traktandiert.
- Das Büro geht davon aus, dass an der heutigen Sitzung vermutlich die ersten 5 – 6 traktandierten Geschäfte zuzüglich der „Fragestunde“ behandelt werden können. Das heisst dass rund 10 Geschäfte zuzüglich der neuen fünf Vorstösse auf die nächste Sitzung vom 02.03.2011 vertagt bzw. traktandiert werden müssen. Damit der Pendenzenberg an den nächsten Ratssitzungen abgearbeitet werden kann, wird für die Einwohnerratssitzungen vom 02. März 2011 und 06. April 2011 eine längere Sitzungsdauer vorgemerkt. Zudem wird das Büro am 24. Februar 2011 entscheiden, ob auf 13. April 2011 / 17.00 Uhr eine Einschaltsitzung einberufen wird. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich diesen Termin bereits heute vorsorglich zu reservieren.
- Frau Corinne Ruesch hat ihren Rücktritt als Sekundarschulratsmitglied bekannt gegeben. Die Ersatzwahl von 1 Mitglied in den Sekundarschulrat für die restliche Amtsperiode bis zum 31.07.2012 ist vom Büro auf die ER-Sitzung vom 02.03.2011 angesetzt worden. Die Wahlvorschläge sind dem Ratsbüro bis spätestens am 15.02.2011, 12.00 Uhr einzureichen. Von der Grünen Fraktion ist bereits eine Nachfolgerin von Frau Corinne Ruesch zur Wahl vorgeschlagen worden.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass gemäss neuesten Sozialhilfe-Statistik im Jahre 2010 kein Anstieg an Sozialhilfefällen verzeichnet werden musste.

Mitteilungen Ratspräsident:

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass er vor der Behandlung der Traktanden über zwei Dinge kurz informieren möchte:

- Aufträge durch Einwohnerrat an Stadtrat gemäss Anträgen von ER-Kommissionen: Gemäss ER-Geschäftsreglement vom 23.06.2010 ist es nicht möglich, dass einwohnerrätliche Kommissionen dem Rat Anträge unterbreiten, mit welchen dem Stadtrat Aufträge erteilt würden. Dies trifft bei Postulaten und Vorlagen sowie Geschäften zu, bei denen dem Einwohnerrat nur die „Kenntnisnahme“ zusteht. Generell sind die Aufgaben der Kommissionen in § 21 ff des ER-Geschäftsreglementes umschrieben. Dort heisst es auch, dass die Kommissionen aus eigener Initiative parlamentarische Vorstösse einreichen können. Wenn eine Kommission also verbindliche Aufträge erteilen will, muss sie diesen Weg wählen. Ansonsten sind „Empfehlungen“ oder „Einladungen“ auszusprechen, wie das die GPK zum Beispiel bei der Vorlage „Engelsaal“ gemacht hatte. Es ist dann Aufgabe des Ratssekretariates dafür zu sorgen, dass diese Empfehlungen auf einer Pendenzenliste festgehalten werden.
- Ausstandsregelung gemäss § 8 ER-Geschäftsreglement: An der letzten Bürositzung vom 20.01.2011 wurde festgehalten, dass bei der Beratung der Personal-Geschäfte „*Ferien-Neuregelung*“ (Trakt. 2) und „*Teuerungsausgleich / Voranschlag 2011*“ (Trakt. 3) die davon betroffenen Ratsmitglieder in den Ausstand zu treten haben. Gemäss § 8 des ER-Erlasses haben Mitglieder, die bei einem Verhandlungsgegenstand „*unmittelbar betroffen*“ sind, in den Ausstand zu treten. Vertiefere Abklärungen haben nun ergeben, dass die Ausstandspflicht bei den erwähnten zwei Traktanden nicht gegeben ist. Dazu kann ein Bundesgerichtsentscheid im Zusammenhang mit der Ausstandsregelung des Landrates für die vorliegende Beurteilung konsultiert werden, welcher bei ihm eingesehen werden kann.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- neue Vorstösse Nr. 2011/152 – Nr. 2011/156
- Flyer „Weltküche“-Anlass vom 05. Februar 2011

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Peter Stengle | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Sabine Sutter | 3: Seite SP, Grüne |
| - Vreni Wunderlin | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend „Sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal“ (Nr. 2011/152)
- Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend „Sanierung Waldspielplatz Sommerhalden“ (Nr. 2011/153)
- Interpellation von Gerhard Schafroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Deckungsgrad der Basellandschaftlichen Pensionskasse und Folgen für Liestal“ (Nr. 2011/154)
- Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend „Zone für preisgünstigen Wohnungsbau“ (Nr. 2011/155)
- Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Direkte Verbindung Spitalunterführung – Erzenbergstrasse“ (Nr. 2011/156)

Traktandenliste

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren und Anträge betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung angemeldet und unterbreitet werden.

219 0.01.011.01 Einwohnerrat

**1. Protokoll der Einwohnerratssitzungen vom 24.11.2010 und
15.12.2010**

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass betreffend den Protokollen der letzten zwei Ratssitzungen keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind. Das Büro beantragt deshalb dem Einwohnerrat die Genehmigung derselben.

://: Die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 24. November 2010 und 15. Dezember 2010 werden einstimmig genehmigt.

220 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Anpassung von § 33 Abs. 1 des Personalreglements vom 21.02.2001 (ESL 150.1) - Ferien (Nr. 2011/150)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass das Büro dem Rat die Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vorschlägt.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach weist darauf hin, dass das Traktandum 2 betreffend der Ferienregelung und das Traktandum 3 betreffend dem Teuerungsausgleich inhaltlich zusammen gehören, aus formalen Gründen aber separat behandelt werden müssen. Gemäss stadträtlichen Anträgen soll sich der Einwohnerrat den Landratsbeschlüssen betreffend dem Staatspersonal anschliessen, wonach für das Jahr 2011 kein Teuerungsausgleich vergütet wird, jedoch der neuen Ferienregelung in zwei Stufen zugestimmt wird.

Walter Leimgruber (SP) berichtet, dass seine Fraktion den stadträtlichen Anträgen betreffend der Teuerungszulage sowie Ferien zustimmen wird. Von den Mitarbeitenden sind die anfallenden Arbeiten trotz den zusätzlichen Ferientagen zu erledigen, was bei der Planung und Organisation auch zu berücksichtigen ist. Auch das Wegfallen der früheren Samstagarbeitszeiten brachte nicht nur Vorteile mit sich. Bedeutend ist vermutlich, wie gross der Stress während der Arbeitszeiten ist. Es bleibt zu hoffen, dass die Umsetzung der neuen Ferienregelung in den verschiedenen Abteilungen gut gelingen werde.

Paul Pfaff (SVP) orientiert, auch die SVP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen. Seine Fraktion stellt jedoch einen Antrag mit folgendem Wortlaut: *Für die zusätzlichen Ferientage dürfen keine Mehrkosten oder Stellenprozente beantragt werden. Die neue Ferienregelung muss kostenneutral umgesetzt werden.* Mit diesem Antrag will man verhindern, dass wegen der neuen Ferienregelung mehr Leute angestellt werden müssen.

Michael Bischof (FDP) bemerkt, in seiner Fraktion habe man sich mehrheitlich gegen eine Erhöhung der Ferienansprüche ausgesprochen. Seine Fraktion gehe nach den Voten an der letzten Ratssitzung davon aus, dass man bei der Budget-Behandlung auch eine Teuerungszulage von 0,4 % für die Mitarbeitenden der Stadt für das Jahr 2011 beschliessen wird. Als Unternehmer ist er ebenfalls mit Personalknappheit konfrontiert und muss im Wettbewerb auch attraktive Arbeitsplätze anbieten können. Er bekunde deshalb Mühe damit, dass vom Kanton und auch der Stadt Liestal nun neue Massstäbe gesetzt werden, indem man nicht nur den Fünfer und das Weggli, sondern dazu gleich auch noch das Schoggistängeli verlange. Der SVP-Antrag betreffend der verlangten Kostenneutralität kann vollumfänglich unterstützt werden, doch eine diesbezügliche Kontrolle dürfte unmöglich sein. Sollte eine kostenneutrale Umsetzung möglich sein, würde dies doch bedeuten, dass die Verwaltung bis jetzt zu wenig effizient gearbeitet habe. Nach Sichtung des Personalreglementes und der Personalverordnung der Stadt Liestal muss er feststellen, dass die Anstellungsbedingungen im Vergleich zu KMU-Betrieben bereits heute massiv besser sind. Von der FDP-Fraktion wird ein Antrag mit folgendem Wortlaut eingereicht: *Die Erhöhung des Ferienanspruchs wird durch eine gleichwertige Erhöhung der Arbeitszeit kompensiert.* Auch dieser Antrag bezweckt die Kostenneutralität, dürfte aber realistischer sowie realitätsbezogener sein und kann dennoch als faires Angebot bezeichnet werden. Die Arbeitszeit würde gemäss Antrag seiner Fraktion um rund 0,8 Stunden pro Woche erhöht.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass der stadträtliche Antrag mehrheitlich von ihren Fraktionsmitgliedern unterstützt wird. Ihr Ehemann arbeitet in der freien Wirtschaft, sie selbst ist bei der Stadt Basel angestellt und somit konnte sie bezüglich der unterschiedlichen Ferienregelungen auch schon ihre Erfahrungen machen. Sie ist überzeugt davon, dass Ferienablösungen in der Verwaltung bei einer guten Planung auch ohne zusätzliches Personal funktionieren werden. Ihr Ehemann kann hingehen seine Ferien aus betrieblichen Gründen oftmals nicht beziehen.

Erika Eichenberger (GL) äussert, ihre Fraktion spreche sich einstimmig für die fünfte Ferienwoche aus. Eine einheitliche Lösung für die Angestellten der Stadt sowie des Kantons mit den Lehrkräften usw. ist anzustreben. Gemäss Gesamtarbeitsverträgen sind die branchenüblichen Regelungen unterschiedlich. Den Angestellten der Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie wird schon seit längerer Zeit eine fünfte Ferienwoche sowie 9 bezahlte Feiertage zugestanden und den Arbeitgebern gar vier Wochen Vaterschaftsurlaub empfohlen. Wenn die Stadt Liestal nun der kantonalen Regelung folgt, wird in dieser Branche eine Rechtssicherheit für alle Vertragspartner geschaffen. Von den Mitarbeitenden der Stadt Liestal wird viel verlangt und so soll man bei den Anstellungsbedingungen auch nicht knauserig sein. Eine weitere Ferienwoche ist gerade für Familien mit Kindern doch Gold wert. Die notwendigen Zusatzaufwendungen nimmt ihre Fraktion in Kauf und eine kostenneutrale Lösung dürfte kaum realisierbar sein, wie dies in der stadträtlichen Vorlage auch erwähnt ist.

Regula Nebiker (SP) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers und kann feststellen, dass verschiedene seiner Überlegungen durchaus nachvollziehbar sind. Der unterbreitete Antrag bzw. das „Minütelen“ dürfte aber auch nichts zur Effizienzsteigerung beitragen. Schade ist eigentlich, dass genau diejenigen Altersgruppen mit schulpflichtigen Kindern nach wie vor nur vier Wochen Ferien haben.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, dass sicher alle mehr Ferien haben möchten. Eine Woche zusätzliche Ferien bringt faktische eine Kostenerhöhung von 2,1 % mit sich. Die Leistungsanstiege der Angestellten machen rund 1,2 % aus. Die Lohnerhöhung pro 2011 beträgt total 3,3 %. Bei einer Teuerung von 0,7 % würden die Personalkosten eine Erhöhung von 2,6 % bzw. rund 460'000 Franken erfahren. Zu beachten ist, dass es sich dabei um wiederkehrende Ausgaben handelt. Die Finanzlage der Stadt Liestal sieht so aus, dass man 27 Mio. Schulden hat, ein Investitionsnachholbedarf im Hochbau von 29 Mio. ansteht und ein Sanierungsbeitrag von 13 Mio. bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse voraussehbar ist. Insgesamt hat Liestal heute Schulden von 69 Mio., dabei sind voraussehbare höhere Pflegekostenbeiträge, Kostenabwälzungen des Kantons an die Gemeinden, Tiefbaukosten der Stadt, die wiederkehrenden Kosten von HarmoS usw. nicht berücksichtigt. Der Steuersatz von 66 % in Liestal liegt deutlich über dem kantonalen Durchschnitt von 59 %. Liestal stehen grössere finanzielle Verpflichtungen bevor. Der Stadtrat liefert auch kein Sanierungskonzept betreffend der finanziellen Situation und ignoriert beispielsweise auch das Postulat betreffend der Planung von Steuer-Senkungen. Laufend werden neue Bauprojekte und Kulturausgaben beschlossen, obwohl man dafür eigentlich kein Geld hat.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) unterbricht das Votum von Gerhard Schafroth, und bittet diesen, sich kurz zu halten. Ferner werden die Ratsmitglieder gebeten, auf Zwischenrufe zu verzichten.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) fährt fort und hält fest, dass die Leidtragenden der Finanzmisere von Liestal die sozial Schwachen sein werden. Mit der Unterstützung des stadträtlichen Antrages wird ein weiterer Schritt zum finanziellen Abgrund von Liestal getan. Er selbst könne deshalb den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen, da dieser wirklich kostenneutral und ein vernünftiger Kompromiss ist.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und stellt fest, dass Liestal durchaus nicht in den finanziellen Abgrund gefahren wird. Im Entwicklungsplan 2011-2015 ist auch das Thema Pflegefinanzierungskosten thematisiert, welches gleich im Anschluss behandelt wird. Auch stimmt die Aussage betreffend der Basellandschaftlichen Pensionskasse nicht mit den Statements des Kantons überein. Betreffend dem Sanierungsbedarf bei den Hochbauten sei festgehalten, dass man über eine langfristige Investitionsplanung bis ins Jahr 2024 verfüge. Er verstehe die Rundumschläge von Gerhard Schafroth nicht und muss die von ihm gemachten Aussagen zurückweisen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf die beantragte Reglementsänderung und stellt fest, dass die Stadt Liestal weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin sein möchte. Betreffend den vorgängig aufgeführten Unterschieden zwischen den KMU-Betrieben und der Stadt mache sie darauf aufmerksam, dass die Stadt- und Staatsangestellten wohl eine zusätzliche Ferienwoche erhalten und eine krisensichere Stelle haben. Jedoch ist das Lohnwesen unflexibel, Prämien- sowie Boni-Zahlungen kennt man nicht und Lohnerhöhungen sind nur eine langfristige Sache. In der Privatwirtschaft ist man jedoch beim Lohnwesen flexibel, Prämien- sowie Bonizahlungen sind je nach Leistungen möglich und es können auch Lohnerhöhungen kurzfristig vorgenommen werden. Verschiedene Angestellte von KMU-Betrieben kommen noch nicht in den Genuss einer fünften Ferienwoche und haben sicher keine krisensichere Arbeitsstelle. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass er weiterhin über gute Leute verfügen kann und diese dem Kanton gleichgestellt sind, sei dies in guten oder aber auch in schlechten Zeiten.

Beat Gränicher (SVP) betont, dass gute motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeitgeber Gold wert sind und für jeden Betrieb eine Aufwertung bedeuten. Er selbst wird der beantragten Ferienerhöhung zustimmen, doch muss diese kostenneutral sein. Bei der Coop-Unternehmung hatten die Mitarbeitenden einer fünften Ferienwoche anstelle einer Arbeitszeitreduktion den Vorzug gegeben. Die Einführung der fünften Ferienwoche konnte in kleinen und auch grossen Läden ohne Mehrkosten bereits eingeführt werden. Er bekunde Mühe damit, dass die zusätzlich anfallende Ferienzeit im Schalterbereich finanziell abgegolten werden muss, wie dies in der Stadtratsvorlage aufgeführt ist. Auch in einer Stadtverwaltung sollte es doch möglich sein, dass eine kostenneutrale Lösung erreicht werden kann.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) unterbreitet dem Rat betreffend dem weiteren Vorgehen den Vorschlag, dass über die Anträge betreffend der Ferieneuregelung erst nach der Beschlussfassung des Voranschlags 2011 inkl. Teuerungszulage abgestimmt wird. Die Meinungen der Fraktionen betreffend der Personalreglementsänderung sind zwischenzeitlich bekannt. Hingegen ist dem Einwohnerrat noch unbekannt, wie sich die Fraktionen zur Teuerungszulage für das Jahr 2011 äusseren werden.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, die Meinungen betreffend der Ferieneuregelung sind gemacht und es solle nun jetzt darüber abgestimmt werden. Er gehe davon aus, dass diejenigen Fraktionen, welche bereits an der letzten Ratssitzung dafür plädiert hatten, sich dem Landratsbeschluss betreffend der Ferieneuregelung und dem Teuerungsausgleich für das Staatspersonal anzuschliessen, an der heutigen Ratssitzung auch Wort halten werden.

Peter Stengle (SP) kann sich mit dem Vorgehensvorschlag des Ratspräsidenten ebenfalls nicht anfreunden. Das Geschäft soll nun fertig behandelt und darüber abgestimmt werden.

://: Der Vorschlag des Ratspräsidenten wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Michael Bischof (FDP) äussert sich zu verschiedenen Aussagen seiner Vorredner. Im Votum von Gerhard Schafroth wurde auch viel Wahres festgehalten und so wird die Stellungnahme von Stadtrat Peter Rohrbach nicht verstanden, welcher die Aussagen des Ratskollegen pauschal als Unwahrheiten bezeichnet hatte. Betreffend dem Votum von Regula Nebiker sei festgehalten, dass es beim FDP-Antrag durchaus nicht um ein „Minütelen“ gehe. Ein moderner Arbeitgeber denkt heute in Jahresarbeitszeit, in welcher beispielsweise die Ferien einkalkuliert sind, und welche auch eine gewisse Flexibilität bezüglich den Arbeitszeiten zulassen sollte. Mit den gemachten Aussagen wurde er von der Rednerin doch in ein etwas falsches Licht gestellt. Der FDP-Antrag wird beispielsweise im Baugewerbe längst praktiziert, indem die mehrwöchigen Ferien mit Mehrstunden vorgeholt werden. Hinsichtlich dem Votum von Stadtpräsidentin Regula Gysin sei festgehalten, dass gemäss Personalreglement der Stadt Liestal ebenfalls Prämienauszahlungen möglich sind. Hinsichtlich der Aussage von Beat Gränicher möchte er festhalten, dass es für die Arbeitnehmer durchaus einen Druck geben könnte, wenn die gleichen Leistungen in einer kürzeren Arbeitszeit erbracht werden müssen. Die von Beat Gränicher gemachten Feststellungen sind vermutlich eine subjektive Wahrnehmung, dürften sich aber objektiv betrachtet nicht bestätigen. Er hofft, dass das Entgegenkommen und der Kompromissvorschlag gemäss Antrag der FDP-Fraktion im Rat unterstützt wird.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) weist auf die vorgängig gemachten Aussagen von Stadtrat Peter Rohrbach hin, und betont, dass all die von ihm selbst aufgeführten Zahlen den Fakten entsprechen. Natürlich können verschiedene Zahlen unterschiedlich gewertet werden. Doch lasse er es nicht auf sich sitzen, dass er gemäss Aussagen des Finanzchefs Unwahrheiten erzählt habe.

Elisabeth Spiess (GL) hält als Mitarbeiterin eines Zweierteams der Stadt fest, dass das Vorholen einer Arbeitszeit von 0,8 % bei einer Ferienstellvertretung sowieso nicht spürbar ist. Ob den Mitarbeitenden nun vier oder fünf Wochen Ferien zustehen, sind die Stellvertretungen rechtzeitig zu planen und zu organisieren.

Hansrudolf Schafroth (SVP) berichtet, auch die Bürgergemeinde Liestal habe die kantonale Regelung betreffend der Ferien sowie der Teuerungszulage für das Jahr 2011 übernommen. Die Einführung der zusätzlichen Ferienwoche wird in der Bürgergemeinde kostenneutral stattfinden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, der Antrag der SVP dürfte wohl umsetzbar sein. Nicht überzeugt ist sie davon, ob der FDP-Antrag überhaupt juristisch korrekt ist, denn dieser bedarf weiterer Reglementsänderungen, die heute nicht traktandiert sind, und über die deshalb auch nicht abgestimmt werden kann. Die vorgeschlagene Reglementsänderung müsste dem Rat mit einem Vorstoss vorgeschlagen und beantragt werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bemerkt, dass er damit nochmals mit einer neuen Situation konfrontiert werde. Bereits bei der Vorbereitung der heutigen Ratssitzung habe er sich schon überlegt, ob er nicht ein Senioren-Jus-Studium buchen soll. Er schlage vor, dass über den FDP-Antrag mit Vorbehalt betreffend dessen Rechtsgültigkeit abgestimmt wird. Rein gefühlsmässig habe er auch den Eindruck, dass der FDP-Antrag juristisch nicht verhält und dieser mit einem Vorstoss im Rat eingepiesen werden müsste.

Adrian Mächler (FDP) äussert sich auf Vorschlag des Ratspräsidenten zur Sachlage und dem weiteren Vorgehen: Die Ratsmeinung soll an der heutigen Sitzung abgeholt und über alle drei Anträge abgestimmt werden. Sollte dem FDP-Antrag zugestimmt werden, könnten vom Stadtverwalter nach der heutigen Ratssitzung immer noch Abklärungen betreffend der Rechtslage getroffen und dem Einwohnerrat Bericht erstattet werden.

Michael Bischof (FDP) findet, dass der FDP-Antrag und das politische Anliegen nun auf eine relativ fiese Art mit juristischen Feinissen abgewürgt werden soll. Und sollte der FDP-Antrag aus rechtlichen Gründen nicht verhalten, so würde dies sicher auch beim formulierten Antrag der SVP-Fraktion zutreffen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) entgegnet seinem Vorredner, dass es durchaus nicht um eine politische Äusserung oder ein Schlechtmachen des FDP-Antrages gehe. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass die Rechtslage im Falle einer Zustimmung des FDP-Antrages nachträglich vom Stadtrat noch geklärt werden müsste. Dieser sollte gegebenenfalls für eine nächste Ratssitzung eine entsprechende Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung unterbreiten. Betreffend dem SVP-Antrag vertritt er persönlich die Meinung, dass dieser im Falle einer Zustimmung nicht eine Reglementsanpassung nötig machen würde. Er stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die drei Anträge werden nochmals verlesen und der Rat über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

- ://: Der Antrag der SVP-Fraktion (Für die zusätzlichen Ferientage dürfen keine Mehrkosten oder Stellenprozente beantragt werden. Die neue Ferienregelung muss kostenneutral umgesetzt werden.) wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen*
- ://: Der Antrag der FDP-Fraktion (Die Erhöhung des Ferienanspruchs wird durch eine gleichwertige Erhöhung der Arbeitszeit kompensiert.) wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen abgelehnt.*
- ://: Der Antrag des Stadtrates betreffend die Änderung von § 33 Abs. 1 des Personalreglements vom 21. Februar 2001 (Ferien) wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen*
- ://: In der Schlussabstimmung wird den Anträgen des Stadtrates sowie der SVP-Fraktion mit grossem Mehr zugestimmt.*

221 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Voranschlag 2011 – Festlegung von Teuerungsausgleich-Ausrichtung für die Besoldung des Verwaltungspersonals und Schlussabstimmung betreffend der Genehmigung des Voranschlages 2011 (Nr. 2010/140, Nr. 2010/144a, Nr. 2010/140b)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält eingangs der heutigen Budget-Beratung folgende Punkte fest:

- Die Ratsmitglieder werden gebeten, Statements und Voten im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 der letzten Ratssitzung vom 15.12.2010 an der heutigen Sitzung nicht nochmals zu wiederholen.
- Im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 können für die heutige Sitzung keine neuen Anträge gestellt werden.
- Rückkommensanträge zu den Ratsbeschlüssen vom 15.12.2010 würden gem. § 77 ER-Geschäftsreglement vor der Schlussabstimmung, nach der Beschlussfassung des Teuerungsausgleichs, behandelt.
- Der Ablauf der heutigen Budget-Behandlung wird wie folgt vorgeschlagen:
 - a) Teuerungsausgleich: Der Antrag 4 der FIKO für einen Teuerungsausgleich von 0,4 %, unabhängig vom Landratsbeschluss, wird dem stadträtlichen Antrag 4 für einen Teuerungsausgleich von 0,0 % gemäss Landratsbeschluss gegenübergestellt.
 - b) Rückkommensantrag/-anträge: Diskussion und Abstimmung
 - c) Schlussabstimmung betreffend Voranschlag 2011

a) Teuerungsausgleich für Besoldung Verwaltungspersonal

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass die FIKO gemäss ihrem Antrag Nr. 2 einen Teuerungsausgleich von 0,4 %, unabhängig vom Landratsbeschluss betreffend dem Staatspersonal, vorschlägt. Der Stadtrat stellt den Antrag, dass sich der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals am Landratsbeschluss für das Staatspersonal orientiert. Der Landrat hatte einen Teuerungsausgleich von 0,0 % beschlossen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) bemerkt, seine Fraktion unterstütze den stadträtlichen Antrag.

Peter Küng (SP) erklärt, die Teuerung betrug am Stichtag effektiv 0,7 %. Seine Fraktion tut sich schwer mit einer Nullrunde betreffend dem Teuerungsausgleich für das Jahr 2011 und sieht auch keinen Zusammenhang mit dem vorgängig gefällten Entscheid betreffend der Ferieneuregelung. In seiner Fraktion wird man nicht einheitlich abstimmen.

Paul Pfaff (SVP) orientiert, seine Fraktion wird den stadträtlichen Antrag unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, auch die FDP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, dass auch ihre Fraktion die Meinung vertrete, dass die Stadt Liestal in guten und auch schlechten Zeiten sich den Landratsentscheiden betreffend dem Staatspersonal anschliessen soll. Deshalb wird die Grüne Fraktion ebenfalls dem Stadtratsantrag folgen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bemerkt, dass keine Wortbegehren mehr angemeldet werden und deshalb über die beiden Anträge abgestimmt werden kann, welche verlesen werden.

://: Mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen stimmt der Einwohnerrat dem Antrag des Stadtrates zu.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass der Rat somit mehrheitlich dem stadträtlichen Antrag zugestimmt hatte und der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals für das Jahr 2011 somit 0,0 % beträgt.

b) Rückkommensantrag betr. Kürzung Totalaufwand um CHF 500'000.--

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion gemäss § 77 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes folgenden Rückkommensantrag stellt: *Antrag auf Rückkommen auf den Beschluss des Einwohnerrates vom 15.12.2010 bezüglich Kürzung des Totalaufwandes um CHF 500'000 gemäss FIKO-Antrag Nr. 3.* Der Antrag kann damit begründet werden, dass die Budget-Debatte nach der ersten Beratung vom 15. Dezember 2010 noch nicht abgeschlossen ist und zwischenzeitlich vom Stadtrat mit der Vorlage Nr. 2009/83a auch das Postulat betreffend „Aufwandbremse“ beantwortet wurde. Mit der Postulatsbeantwortung wird vom Stadtrat bestätigt, dass Liestal in ein strukturelles Defizit hineinläuft. Die ganze heutige Einwohnerratssitzung ist finanzpolitisch wichtig für die Zukunft Liestals. Wichtig ist, dass man das Ziel betreffend einer Selbstfinanzierung von 4 Mio. bzw. 4,3 Mio. erreichen kann. In der Vorlage Nr. 2009/83a des Stadtrates kann entnommen werden, dass die Erhöhung bei den Einnahmen 0,7 % beträgt und der Personalaufwand um über 2 % zunimmt. Zusätzliche finanzielle Mittel könnten mit Steuererhöhungen beschafft werden, wogegen sich aber seine Fraktion wehren wird. Im Sinne der Nachhaltigkeit müssen die Ausgaben und die Einnahmen die Balance halten, ein Teil dazu dürfte die Budgetkürzung um 0,5 Mio. gemäss Rückkommensantrag seiner Fraktion beitragen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) sagt, dass sich nun die Fraktionen zum Rückkommensantrag äussern können. Sollte diesem zugestimmt werden, könnte sich der Rat zum Antrag noch inhaltlich in einem späteren Zeitpunkt äussern.

Corinne Ruesch (GL) meint, eine Budgetkürzung von 0,5 Mio. sei zum jetzigen Zeitpunkt absolut verantwortungslos. Es ist nun Ende Januar und der Stadtrat muss das Budget 2011 raschmöglichst dem Kanton zur Passation einreichen. Der Zeitpunkt für solche Diskussionen wäre bei der Entwicklungsplan-Beratung richtig gewesen. Das Präsidium der FIKO wird von der antragsstellenden Fraktion gestellt und dieses hätte dafür besorgt sein müssen, dass der Entwicklungsplan früher hätte im Rat diskutiert werden können. Bereits an der letzten Sitzung hatte sie gesagt, dass Einsparungen von einer halben Million vor allem zu Lasten der sozial Schwachen, Jugend- und Familienpolitik usw. gehen würden. Ihre Fraktion wird den Rückkommensantrag nicht unterstützen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass er für eine Minderheit seiner Fraktion spreche. Im Voranschlag 2011 sind die Ausgaben nahezu um eine Million höher als diejenigen Ausgaben, wie sie im Entwicklungsplan 2011-2015 ausgewiesen werden. Nach wie vor ist er der Meinung, dass in der Laufenden Rechnung Geld verbuttert wird. Mit der Gutheissung des Rückkommensantrages würde der Rat zeigen, dass der Einwohnerrat eine strategische Richtung fährt. Auch würde bestätigt, dass der Rat als Vertreter der Bevölkerung Liestals doch eine tiefere Ausgabenquote wünscht.

Hanspeter Stoll (SP) findet es störend, dass Entscheide der letzten Ratssitzung heute nochmals thematisiert werden. Auch werden wieder verschiedene Punkte thematisiert, welche eigentlich in der FIKO diskutiert werden sollten. Betreffend dem Voranschlag 2011 sind an der heutigen Sitzung nur noch Entscheide betreffend der Teuerungszulage sowie der Schlussabstimmung zu fällen, weshalb die FDP-Fraktion auch die Entscheide der letzten Ratssitzung akzeptieren sollte. Seine Fraktion wird den Rückkommensantrag ablehnen.

Erika Eichenberger (GL) pflichtet dem Votum ihres Vorredners bei. Seit der letzten Ratssitzung hat sich auch gar nichts verändert und die Facts sind nach wie vor die gleichen. Deshalb finde sie den Rückkommensantrag fast schon unfair und ein Gestürrn. Die Ratsmitglieder werden um vermehrte Fairness gebeten.

Paul Pfaff (SVP) bekundet Mühe mit dem Fairness-Aufruf von Ratskollegin Erika Eichenberger, denn KMU-Betriebe müssen sich beispielsweise noch mit Sparmassnahmen in einer ganz anderen Grössenordnung herumschlagen. Die Lenkungsmassnahmen müssen rechtzeitig eingeleitet werden und spätestens seit den vom Antragsteller erwähnten Zahlen sollten nun in allen Fraktionen die Alarmglocken läuten.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) führt aus, ihre Fraktion werde sich mehrheitlich gegen den Rückkommensantrag aussprechen.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf die vom Ratspräsidenten eingangs gemachten Informationen. Er würde es gut finden, wenn sich die Einberufung einer Einschaltitzung als unnötig erweisen würde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Rückkommensantrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Das Rückkommen auf einen früheren Beschluss kann mit einfachem Mehr beschlossen werden.

://: Der Rückkommensantrag der FDP-Fraktion betreffend dem Einwohnerratsentscheid vom 15.12.2010 bezüglich der Totalaufwand-Kürzung von CHF 500'000 (3. FIKO-Antrag) wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

c) Schlussabstimmung betreffend Voranschlag 2011

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält nach erfolgter Umfrage fest, dass betreffend der Schlussabstimmung keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Voranschlag 2011 wird in der Schlussabstimmung unter Berücksichtigung der an den Sitzungen vom 15. Dezember 2010 und 26. Januar 2011 beschlossenen Änderungen mit 20 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

222 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission betreffend Entwicklungsplan 2011-2015 (Nr. 2010/112-1, Nr. 2010/112-1a, Nr. 2010/112-1b)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert über die Vorgehensweise und den Ablauf betreffend der Behandlung des Entwicklungsplanes 2011-2015:

- a) Eintreten
- b) FIKO-Bericht (Nr. 2010/112-1b)
- c) BPK-Bericht (Nr. 2010/112-1a)
- d) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
- e) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- f) Stellungnahmen Einzelredner, Gesamtwürdigung
- g) Diskussion und Abstimmung über FIKO-Anträge
- h) Diskussion und Abstimmung über BPK-Anträge
- i) Diskussion und Abstimmung über Stadtrat-Anträge
 - . Kenntnisnahme von Entwicklungsplan 2011-2015
 - . Kenntnisnahme von Plan für den Abbau des Nachholbedarfs für Instandsetzungen bei den Gebäuden
 - . Nicht-Abschreibung der Motion Nr. 2002/118 (Sanierung Finanzhaushalt)
 - . Abschreibung des Postulates Nr. 2010/188 (Steuersenkung planen)

a) Eintreten

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt nach Umfrage im Rat fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Die Ratsmitglieder werden um kurze und bündige Voten gebeten.

b) FIKO-Bericht (Nr. 2010/112-1b)

Heinz Lerf (FDP) nimmt Bezug auf den FIKO-Bericht und hält das Wichtigste kurz wie folgt fest: Die in der FIKO behandelten Schwerpunktthemen sind auf Seite 2 des Kommissionsberichtes aufgeführt. Insbesondere die Instandsetzung und Instandhaltung der Schulanlagen bedarf noch vertiefteren Abklärungen. Wie auf Seite 4 des Berichtes zu lesen ist, ist sich die Kommission nicht einig darüber, ob im nächsten Entwicklungsplan die Selbstfinanzierung 4,0 Mio., 4,3 Mio. oder gar 4,5 Mio. betragen solle. Mit präsidialem Stichtentscheid wurde die Variante 4,3 Mio. festgelegt, welche für 2,8 Mio. für Investitionen und 1,5 Mio. für den Schuldenabbau verwendet werden soll. An der morgigen Landratssitzung wird im Kantonsparlament das Geschäft kantonale Schulanlagen behandelt. Die stadträtliche Strategie in erwähnter Angelegenheit wird von der FIKO unterstützt.

c) BPK-Bericht (Nr. 2010/112-1b)

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht und hält das Wichtigste kurz wie folgt fest: Die BPK ist mit dem Entwicklungsplan 2011-2015 weitgehend zufrieden. Wichtig ist, dass dem Einwohnerrat vom Stadtrat zusammen mit dem nächsten Entwicklungsplan die strategischen Grundlagen wie Leitbild usw. vorgelegt werden. Ebenso wichtig ist, dass im nächsten Entwicklungsplan die Gesamtschulden im Hoch- und Tiefbau in einer Gesamtübersicht abgebildet werden. Trotz dem Auftrag des Einwohnerrates vom 3. März 2009 sind vom Stadtrat nur Teile des Auftrages betreffend die Umsetzung der Schwachstellenanalyse Rad-

routen erfüllt worden, weshalb die BPK diesbezüglich dem Rat einen entsprechenden Zusatzantrag unterbreitet. Wie vom Ratspräsidenten bereits eingangs der heutigen Sitzung erwähnt, wird dieser anschliessend noch in geänderter Form zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

d) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Peter Rohrbach äussert sich zum Entwicklungsplan 2011-2015 wie folgt: Es stimmt nicht, dass Liestal die schlechteste aller möglichen Situationen habe. Die schlechteste aller Situationen hatten beispielsweise die Swissair sowie die Spar- und Leihkasse Thun erlebt, denn diese hatten im Gegensatz zum Stadtrat wohl keinen Plan. Der Stadtrat kann die von ihm präsentierten Zahlen auch interpretieren. Und so sollte im Rat vielleicht auch etwas mehr Gelassenheit betreffend der Interpretation und Argumentation der Finanzkennzahlen an den Tag gelegt werden. Der Stadtrat nimmt die Empfehlungen des Rates durchaus ernst und wird die Aufgaben erfüllen. Verschiedene Zahlen geistern in letzter Zeit betreffend dem Schuldenabbau in den letzten Jahren usw. herum, weshalb er den Rat anhand von Folien kurz über das Wichtigste informieren möchte:

- *Schuldenentwicklung 2005-2015*: Die Schulden sollten gemäss Plan von 50 Mio. im Jahre 2005 bis im Jahr 2015 auf 21,5 Mio. abgebaut werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Finanzvermögen von 6 Mio. aufgelöst wurde; rund 6,2 Mio. Steuern aus den Jahren vor 2005 noch eingebucht werden mussten; mit Einnahmen aus den Finanzierungssaldis der Jahre 2005-2015 von 19,5 Mio. gerechnet wird; beim Finanzvermögen betragen die Verkaufserlöse rund 6 Mio., was in etwa den Buchwerten entspricht; beim Verwaltungsvermögen sind 3,2 Mio. für Beiträge an das Gitterli-Bad; Verkauf von Beteiligungen, evtl. Beiträge an die Parkplätze der Rebhaus AG usw. berücksichtigt.
- *Investitionen*: Die Bruttoinvestitionen betragen gemäss vorliegendem Entwicklungsplan rund 35 Mio., was einem Mittelwert von 3,2 Mio. entspricht. Die Nettoinvestitionen belaufen sich im Mittel auf jährlich rund 2,7 Mio. Diese Zahlen entsprechen seit dem Jahre 2005 der Strategie.
- *Steuererträge*: Gemäss Statistik wurden die Steuererträge dem jeweiligen Steuerjahr zugeordnet. Dieser kann entnommen werden, dass das Wachstum der Steuererträge durchschnittlich 0,7 % pro Jahr beträgt. Die Abweichungen können mit Steuergesetzänderungen und den neuen Steuersätzen für die juristischen Personen begründet werden.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass der Stadtrat in einer guten Situation ist, denn er habe die Übersicht und sei sich auch bewusst, dass er Aufgaben habe, die gelöst werden müssen.

e) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bittet die Fraktionssprecher, sich an dieser Stelle nur gesamthaft zum EP 2011-2015 zu äusseren. Die Fraktionen können sich bei der Beratung der einzelnen Anträge später immer noch äussern.

Peter Küng (SP) hält fest, dass seine Fraktion bereits früher moniert habe, dass der Entwicklungsplan dem Rat zu spät unterbreitet wurde. Die strategischen Ziele sind nachvollziehbar. Intensiv wurde in der SP-Fraktion der Investitionsbedarf bei den Schulbauten diskutiert. In Zukunft muss beachtet werden, dass es sich dabei nicht nur um ein Finanz- und Baugeschäft, sondern auch um ein Bildungsgeschäft handelt. Die Diskussionen im Zusammenhang mit den anstehenden Investitionen sind spannend und wichtig, wobei seine Fraktion die Meinung vertritt, dass diesbezüglich die Selbstfinanzierung von 4,3 Mio. beibehalten werden sollte. Bei der Balance hat bei den Infrastrukturen die Last zugenommen und ein Konsens muss gefunden werden. Festgehalten sei an dieser Stelle, dass vom Stadtrat und auch Einwohnerrat in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet wurden, denn es wurden Schulden ab-

gebaut und dennoch konnten Investitionen getätigt werden. Betreffend der „Motion Fluri“ sei er persönlich der Meinung, dass diese abgeschrieben werden sollte. Denn nur so ist ein neuer Finanzkonsens im Rat möglich, in welchem die Parameter neu definiert werden sollten. Eine immer noch nicht abgeschriebene Motion Fluri dürfte dabei diskussionshemmend sein. Seine Fraktion wird den Entwicklungsbericht zur Kenntnis nehmen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, der Entwicklungsplan sei sehr umfassend mit vielen Angaben zu allen Bereichen und enthalte die qualitativen und quantitativen Zielsetzungen. Eher vage und schwer beurteilbar sind die Massnahmen zur Zielerreichung. Einige Zahlen sind eher ungenau, was ebenfalls durch den vorliegenden Voranschlag 2011 bestätigt wird. Klar zeichnet sich eine zunehmende Verschlechterung der Selbstfinanzierung ab. Strategien, wie man dies verhindern möchte, sucht man im Entwicklungsplan hingegen vergeblich. Seine Fraktion erwartet, dass beim nächsten Entwicklungsplan für die Jahre 2012-2016 aufgezeigt wird, wie die Selbstfinanzierung nachhaltig verbessert und auf die nötige Höhe gebracht werden kann. Mit den bereits gefällten Entscheiden betreffend dem Voranschlag 2011 sind zum Entwicklungsplan 2011-2015 auch keine weiteren grossen Worte zu verlieren, da dieser bereits überholt ist.

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, seine Fraktion könne den strategischen, qualitativen und quantitativen Zielsetzungen zustimmen. Auf den Entwicklungsplan 2011-2015 möchte man nicht detailliert eingehen, da der nächste Entwicklungsplan ja schon bald bereits in Vorbereitung ist. Betreffend den Anträgen der beiden Kommissionen war man in seiner Fraktion unterschiedlicher Meinung. Hauptthema war ebenfalls der Investitionsnachholbedarf bei den Schulbauten. Dringende Sanierungen sollen nicht weiter hinausgeschoben werden, es bedarf weiteren fundierten Abklärungen und es sollen auch nicht Luxuslösungen angestrebt werden. Auch er kann persönlich das Votum seines Vorredners unterstützen, welcher sich für eine Abschreibung der Motion Fluri ausgesprochen hatte. Seine Fraktion wird dem Entwicklungsplan 2011-2015 zustimmen, obwohl teilweise unterschiedliche Meinungen innerhalb der Fraktion vertreten werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) legt dar, dass der Entwicklungsplan ein wertvolles Instrument für eine Gesamtschau der strategischen Ziele sei, welcher auch wichtig für die politische Meinungsbildung sei. Dieses Jahr wurde er viel zu lange in der FIKO diskutiert und kann erst heute, nach der Budget-Verabschiedung, im Rat behandelt werden. Die Hauptursachen liegen darin, dass sich die FIKO viel zu lange mit dem mittelfristigen Stellenplan beschäftigt hatte, bis man schlussendlich feststellen musste, dass der Rat den finanziellen Rahmen vorgeben soll und sich nicht in die operativen Geschäfte des Stadtrates einmischen sollte. Ferner wurden im Zusammenhang mit den Schulbauten-Sanierungen zwei sich stark konkurrierende Varianten vom Stadtbauamt und Finanzamt unterbreitet. Dies hatte zur Folge, dass damit eine grosse Diskussionsschleife verursacht wurde. Diesbezüglich wurde leider kein realistisch gangbarer und finanzierbarer Weg aufgezeigt, wie die Sanierungspakete aussehen könnten. Der Stadtrat wurde dann damit beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, in welchem beide Varianten berücksichtigt und kombiniert werden. Die Verzögerungen haben nun dazu geführt, dass die einwohnerrätliche Mitwirkung im Zusammenhang mit dem Voranschlag und dem Jahresprogramm für das Jahr 2011 praktisch ausgeschaltet wurde. Die Arbeiten der Kommissionen und des Rates wurden damit auch massiv entwertet. Damit sich das Passierte nicht mehr wiederholen wird, verlange seine Fraktion, dass künftig betreffend der Entwicklungsplan-Behandlung klare Termine gesetzt werden.

Daniel Spinnler (FDP) teilt mit, dass eine Selbstfinanzierung von 4,3 Mio. langfristig nötig sein wird. Von seinem Vorredner wurden die Ursachen betreffend der Entwicklungsplan-Verzögerungen richtig aufgeführt, dennoch dürften die Beratungen und Diskussionen in den einwohnerrätlichen Kommissionen nicht ganz vergebens gewesen sein. Betreffend dem Investitionsbedarf bei den Schulbauten sind vom Stadtrat weitere Abklärungen zu treffen, welche in den künftigen Strategiepapieren auch mitberücksichtigt werden müssen. Wie vom Finanzchef vorgängig erwähnt, sollte nun auch der Einwohnerrat konsistent sein. Diesbezüg-

lich sei auf die laufenden und anstehenden Geschäfte betreffend dem Pilotprojekt Quartierzentrum, der Interpellation Törli-Fassadenrenovation, Beiträge an das Dichter- und Stadtmuseum und die Bäder AG, neue Rathausstrassen-Gestaltung usw. verwiesen. Der Rat wird künftig nebst seiner Forderung an die Exekutive für eine Selbstfinanzierung von 4,3 Mio. nicht gleichzeitig noch jedes Kreditbegehren unterstützen können. Für den umfassenden Entwicklungsplan und die Beantwortung der in diesem Zusammenhang eingereichten, zahlreichen FIKO-Fragen wird dem Stadtrat und der Verwaltung der Dank ausgesprochen.

f) Stellungnahmen Einzelredner, Gesamtwürdigung

Corinne Ruesch (GL) erklärt, im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan bzw. der Vorlage „mittelfristiger Stellenplan“ seien mögliche Auslagerungen thematisiert worden. Ihre Fraktion unterstütze die stadträtliche Meinung und Zurückhaltung betreffend möglichen Auslagerungen. Auch im Jugend-Bereich wurden betreffend dem „Mädchen-Projekt“ und dem Projekt „Jugend mit Wirkung“ bereits Auslagerungen vorgenommen. Im Entwicklungsplan 2011-2015 wird diesbezüglich ein Blick in die Zukunft vermisst. Auch ist darin nicht ersichtlich, wie viele Ressourcen für die Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Bezüglich der Jugendarbeit steht dringender Handlungsbedarf. Wie vom Stadtrat richtig dargelegt wird, können Verantwortungen nicht mit Leistungsaufträgen ausgelagert werden. Auch die Verantwortung im Bereich Jugend liegt bei der Stadt.

Daniel Spinler (FDP) nimmt Bezug auf das Statement seiner Vorrednerin und meint, dass die Jugend schliesslich kein einheitliches Gebilde sei. Die Stadt unterstützt die Jugendarbeit schliesslich auch mit Beiträgen an Vereine und Pfadiabteilungen etc., stellt Räumlichkeiten für Jugendliche zur Verfügung, für das Mädchen-Projekt wurde bereits ein Kredit von 60'000 Franken bewilligt usw.

g) FIKO-Anträge, Diskussion und Abstimmung

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass die FIKO-Anträge mit einer Ausnahme den stadträtlichen Anträgen entsprechen. Dieser Kommissionsantrag wird anschliessend im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Antrag Nr. 2 thematisiert.

h) BPK-Anträge, Diskussion und Abstimmung

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass vom Rat nun über den BPK-Zusatzantrag Nr. 3.1. gemäss Seite 4 des Kommissionsberichtes der Vorlage Nr. 2010/112-1a abzustimmen ist. Die übrigen BPK-Anträge werden im Zusammenhang mit den stadträtlichen Anträgen noch behandelt.

BPK-Antrag Nr. 3.1: Schwachstellenanalyse Radrouten, Auftrag/Einladung Stadtrat

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf die von ihm eingangs der heutigen Sitzung gemachte Mitteilung betreffend der Auftragserteilungen an den Stadtrat gemäss Anträgen der Kommission. Der von der BPK diesbezüglich geänderte Antrag Nr. 3.1 wird verlesen:

Der Stadtrat wird dazu eingeladen, die Umsetzung der in der „Schwachstellenanalyse Radrouten“ vom 3.3.2009 aufgeführten – über die in Kapitel 8, Seite 15 hinausgehenden – Velo-routen-Massnahmen in den Entwicklungsplan 2011-2015 aufzunehmen, wie dies an der ER-Sitzung vom 27.1.2010 bereits beschlossen wurde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag Nr. 3.1 keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem BPK-Antrag Nr. 3.1 wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen zugestimmt und der Stadtrat dazu eingeladen, die Umsetzung der in der „Schwachstellenanalyse Radrouten“ vom 3. März 2009 aufgeführten, über die in Kapitel 8, Seite 15 hinausgehenden Velorouten-Massnahmen in den Entwicklungsplan 2011-2015 aufzunehmen, wie dies an der Einwohnerratssitzung vom 27. Januar 2010 bereits beschlossen wurde.

h) Stadtrat-Anträge, Diskussion und Abstimmung (Nr. 2010/112-1)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass vom Rat nun über die stadträtlichen Anträge gemäss Seite 8 der Vorlage Nr. 2010/112-1 abzustimmen ist.

SR-Antrag Nr. 1: Der Plan „Stadt Liestal: Entwicklung 2011-2015“ wird zur Kenntnis genommen

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass auch die FIKO und die BPK dem Rat die Kenntnisnahme des Entwicklungsplanes 2011-2015 beantragen.

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum ersten Antrag des Stadtrates angemeldet.

://: Den Anträgen des Stadtrates, der FIKO und der BPK wird mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt und vom Entwicklungsplan 2011-2015 Kenntnis genommen.

SR-Antrag Nr. 2: Der ER nimmt den Plan für den Abbau des Nachholbedarfs für Instandsetzungen bei den Gebäuden zustimmend zur Kenntnis

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass die BPK dem Rat analog dem Stadtrat die Genehmigung des stadträtlichen Antrages vorschlägt. Gemäss FIKO-Gegenantrag soll das Wort „zustimmend“ im Beschluss gestrichen werden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass im Entwicklungsplan zwei Varianten aufgeführt werden, somit liegt auch kein konkreter Plan für einen Abbau des Nachholbedarfs vor. Seine Fraktion wird den FIKO-Gegenantrag unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, das Votum seines Vorredners könne unterstützt werden. Vom Stadtrat sind weitere Abklärungen zu treffen und Konzepte auszuarbeiten, in welchen beispielsweise auch der Schulraumbedarf berücksichtigt werden sollte. Die FDP-Fraktion wird dem FIKO-Antrag zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) informiert, auch seine Fraktion wird den FIKO-Antrag unterstützen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag stimmt 1 Ratsmitglied zu.
Dem FIKO-Gegenantrag wird mit grossem Mehr bei einer Enthaltung zugestimmt und vom Plan für den Abbau des Nachholbedarfs für Instandsetzungen bei den Gebäuden Kenntnis genommen.

SR-Antrag Nr. 3: Die Motion Nr. 2002/118 der FDP-, SP- und SVP/CVP/EVP-Fraktion zur Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Liestal wird nicht abgeschrieben.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass auch die FIKO den stadträtlichen Antrag für eine Nichtabschreibung der Motion Nr. 2002/118 unterstütze.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch er habe die Motion mitunterzeichnet. Sollte die Motion Nr. 02/118 einem neuen Vorstoss mit einem besseren Vorschlag im Weg stehen, so wären die Motionäre durchaus bereit, ihren Vorstoss aus dem Jahre 2002 zurückzuziehen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum und den Vorgehensvorschlag seines Vorredners.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, ihre Fraktion spreche sich für eine Abschreibung der Motion aus. Damit wäre der Handlungsspielraum für neue Diskussionen und einen neuen Vorstoss gegeben.

Daniel Spinnler (FDP) spricht sich gegen eine Abschreibung der Motion aus. Bei der vorgängigen Beratung des Entwicklungsplanes ist dem Stadtrat gesagt worden, welche Strategie er bei der Ausarbeitung des neuen Entwicklungsplanes zu verfolgen habe. Die Motion Fluri steht dabei der Finanzstrategie des Einwohner- und Stadtrates nicht im Weg.

Paul Pfaff (SVP) unterstreicht das Votum seines Vorredners, denn auch seine Fraktion spricht sich gegen eine Abschreibung der Motion aus. Dank dem Vorstoss aus dem Jahre 2002 ist die Höhe der Messlatte klar definiert und die Vorgaben betreffend der Finanzstrategie gemacht. Mit einer Abschreibung der Motion Fluri soll nicht der Weg für einen neuen Schuldenaufbau geschaffen werden.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, dass die Motion auch von ihm als früherer Einwohnerrat unterzeichnet wurde. Das Ziel der Motion, dass die Fremdverschuldung von 60 Mio. innert 20 Jahren auf höchstens 20 Mio. reduziert werden soll, ist noch nicht erreicht. Der Stadtrat stellt deshalb den Antrag, dass die Motion noch nicht abgeschrieben wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen zugestimmt und die Motion Nr. 2002/118 (Finanzhaushalt-Sanierung) nicht abgeschrieben.

SR-Antrag Nr. 4: Das Postulat Nr. 2010/88 von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend „Steuersenkung planen“ wird abgeschrieben.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass auch die FIKO den stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates unterstützt.

Erika Eichenberger (GL) schlägt als Postulantin und Sprecherin der Grünen Fraktion vor, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird. In der FIKO wurde der stadträtliche Antrag betreffend dem Postulat nicht im Detail beraten und es hatte auch keine politische Diskussion stattgefunden. Nach der Verabschiedung des Voranschlages 2011 sowie des Entwicklungsplanes 2011-2015 und bekannten Zahlen ist eine Steuersenkung in den nächsten Jahren schwer vorstellbar. Die Postulanten möchten aber, dass der Stadtrat eine Steuersenkung weiterhin im Auge behält und dieser im nächsten Entwicklungsplan substantziellere Angaben

betreffend der Instandsetzung der Schulbauten, neuen finanziellen Belastungen, anstehenden Investitionen usw. macht, damit auch eine Senkung der Steuern konkreter geprüft werden kann.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass in letzter Zeit immer wieder betreffend der Überlastung der Verwaltung gejammert wurde. Und so findet er es den falschen Zeitpunkt, dass diese unnötig mit Berechnungen und Kalkulationen im Zusammenhang mit einer möglichen Steuersenkung beschäftigt wird. Im jetzigen Zeitpunkt sind Steuersenkungen absolut sowieso. Mehrheitlich spricht sich seine Fraktion für eine Abschreibung des Vorstosses aus.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass vom Stadtrat die Machbarkeit von Steuersenkungen wunschgemäss im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2011-2015 thematisiert wurde. Der Entwicklungsplan ist an der heutigen Sitzung verabschiedet und somit ist auch der Auftrag der Postulanten durch den Stadtrat erfüllt worden.

Regula Nebiker (SP) äussert, dass es Sinn machen würde, wenn sowohl die Motion Fluri als auch das Postulat Steuersenkung-Planung abgeschrieben würden, damit eine neuer Vorstoss eingereicht werden kann. Bis aber ein solcher Vorstoss vorbereitet ist, soll auch das Postulat Nr. 2010/88 analog der Motion Fluri noch nicht abgeschrieben werden.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass das Postulat mit dem Entwicklungsplan 2011-2015 verknüpft ist. Der Entwicklungsplan 2011-2015 ist an der heutigen Sitzung verabschiedet worden und wird deshalb im Einwohnerrat kein Thema mehr sein, weshalb auch das Postulat Nr. 2010/88 ad acta zu legen ist.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, Grafiken und Statistiken seien ja schön und gut, doch sind im Zusammenhang mit einer Planung auch Massnahmen aufzuzeigen. Vom Stadtrat könnten die finanziellen Auswirkungen einer Steuersenkung ja in einer Excel-Tabelle aufgezeigt werden, doch müssten damit auch die Massnahmen bzw. nötigen Einsparungen aufgezeigt werden.

Elisabeth Spiess (GL) teilt mit, dass sie das Votum und den Vorschlag ihres Vorredners unterstützen könne.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtliche Antrag wird mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen abgelehnt und das Postulat Nr. 2010/88 (Steuersenkung planen) nicht abgeschrieben.

223 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Pilotprojekt Quartierzentrum, 3jähriger Betriebsbeitrag (Nr. 2011/151)

Ratpräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das vorgemerkte Ende der heutigen Ratssitzung zeitlich bereits überschritten wurde.

Stadträtin Marion Schafroth stellt den Antrag, dass der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung zumindest noch die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die noch zu bildende Spezialkommission beraten und beschliessen würde. Damit das Projekt wie geplant in Angriff genommen werden kann, müsste der Einwohnerrat spätestens an der März-Sitzung diesbezügliche Entscheide fällen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass der Antrag eine Abänderung der Traktandenliste zur Folge hätte. Die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an eine Spezialkommission gemäss Vorschlag des Büros werde noch zu diskutieren geben, man im Vorfeld der heutigen Sitzung schon vernehmen konnte, dass das Geschäft direkt beraten werden soll.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen wird der stadträtliche Antrag abgelehnt und das Geschäft an der heutigen Sitzung nicht mehr beraten.

224 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Fragestunde

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass die schriftlich eingegangenen Fragen von Vizepräsident Markus Meyer verlesen werden.

1. Frage / Hans Rudolf Schafroth (SVP) betr. Juristen auf Stadtverwaltung

Werden die beiden, zurzeit in der Stadtverwaltung Liestal angestellten Juristen unter Berücksichtigung des Stellenplans für die anfallenden Geschäfte auch in Zukunft benötigt, oder kann sich der Stadtrat vorstellen, künftig auf eine dieser Stellen zu verzichten, zumal sich der Verantwortungsbereich der einen Stelle doch stark reduziert hat?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Dem Aufgabenbereich des Stadtverwalters sind keine juristischen Aufgaben direkt zugewiesen. Die Organisation der Verwaltung ist Sache des Stadtrates. Der Stadtverwalter führt die Verwaltung insbesondere in personeller und finanzieller Hinsicht. Dies schliesst indes ausdrücklich nicht aus, dass er juristische Meinung einfliessen lässt. Gemäss Stellenausschreibung wurde kein Jurist gesucht. Für die Erledigung der zahlreichen Geschäfte, welche verwaltungsintern juristischen Support benötigen, ist es durchaus zweckmässig und effizient, einen Juristen im Hause zu haben. Im konkreten Fall obliegt dem Juristen in erster Linie die Führung des Stabs Recht/Sicherheit. Mit der Auslagerung der beiden Stadtpolizisten zur Kantonspolizei wurden keine Aufgaben ausgelagert, welche den Leiter des Stabs entlasten würden. Gerade die Verantwortung für die Polizei liegt weiterhin beim Leiter des Stabs.

2. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Verbindungstreppe Kasernenstrasse/Sigmundstrasse

Die bestehende Treppe, die von der Kasernenstrasse zur Sigmundstrasse führt, muss ohne Zweifel dringend mit einem Geländer versehen werden. Bei Eis und Schnee muss man sich an den Bäumen festhalten. Meine Frage: Ist es innert nützlicher Frist möglich, hier einen Handlauf hinzustellen?

Stadträtin Marion Schafroth: Ja.

3. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) betr. waldähnlicher Bepflanzung bei Goldbrunnenstrasse

Der Kanton hat vor einigen Jahren entlang der vorderen Goldbrunnenstrasse viele Bäume und Sträucher gepflanzt, welche zu einem Wald heranwachsen. Damit wir zonenmässig nicht die gleichen Probleme wie in andern Gebieten bekommen, frage ich den Stadtrat: Ist er bereit, beim Kanton zu intervenieren, um zu verhindern, dass erneut mitten im Baugebiet Wald entsteht?

Stadtrat Ruedi Riesen: Rechtlich sind die Waldgebiete im Baugebiet von Liestal abschliessend definiert. Dies hat nichts mit dem effektiv vor Ort evtl. entstehenden „Wald“ zu tun. Das heisst: Aus gewachsenem Wald wird nicht irgendwann automatisch Wald im Rechtssinne. Wir werden aber beim Kanton intervenieren.

4. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Fussgängerverbots-Schild bei Liegenschaft Weiermattstrasse 2

Bei der Liegenschaft Weiermattstrasse 2 befindet sich am Trottoirrand ein Fussgängerverbotschild. So, wie dieses Schild montiert wurde, ist man der Meinung, man dürfe auf der Weiermattstrasse nicht mehr weiterlaufen. Das Schild bezieht sich jedoch auf die Liegenschaft und nicht auf die Strasse. Das ist insofern etwas verwirrend für die Bewohnerinnen und Bewohner, da durch die H2-Baustelle an anderen Orten im Quartier Fussgänger-Verbotsschilder montiert wurden. Kann das betreffende Schild so gestellt werden, dass für die Leute klar ist, wo sie durchlaufen können und wo nicht?

Vizepräsident Lukas Ott, stellvertretend für Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Beschilderung ist tatsächlich missverständlich. Da es sich beim Betretungsverbot um ein richterliches Verbot auf einem privaten Grundstück handelt, wird die Stadt den Eigentümer des betreffenden Grundstückes veranlassen, das Schild so zu stellen, dass die Fussgänger/innen nicht mehr irrtümlich meinen, das Betreten des Trottoirs sei verboten.

5. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Fahrverbotschild –Schild an der Hammerstrasse

An der Hammerstrasse befindet sich nahe der Einbiegung Richtung Weiermattstrasse ein Fahrverbot. Von Füllinsdorf herkommend, darf man also nicht durch diese Einbiegung fahren. Wenn man von der Weiermattstrasse her kommt, befindet sich nirgends ein Fahrverbot, sodass die Autos dort, aber auch von der anderen Seite her durchfahren. Frage: Müsste dort ein zusätzliches Schild montiert werden mit einem Hinweis, dass nur Baustellen-Verkehr gestattet ist?

Vizepräsident Lukas Ott, stellvertretend für Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Beschilderung wird vor Ort überprüft und wenn nötig angepasst.

6. Frage / Meret Kaufmann (GLP) betr. Jugendarbeit / Mädchenprojekt

Vizepräsident Markus Meyer hält fest, dass die folgenden Fragen erst kurz vor der Fragestunde eingereicht wurden.

Fragen: Wie viele Mädchen nehmen am Mädchenprojekt teil? Ist die Jugendkommission nach den vielen Austritten wieder komplett? Bis wann wird die Kommission komplett sein?

Vizepräsident Lukas Ott hält fest, dass er die Fragen nicht stellvertretend für Stadtpräsidentin Regula Gysin beantworten könne. Die Antworten werden der Fragestellerin noch nachgeliefert.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann